

Wieder aufwärts trotz Corona

Nach dem drastischen Einbruch der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr erwartet das IMK 2021 eine deutliche Erholung – auch wenn die Krise noch längst nicht ausgestanden ist.

Das Jahr 2020 hinterlässt eine tiefe Kerbe in der Konjunkturkurve. Allein von Februar bis April brach die deutsche Industrieproduktion um beinahe 30 Prozent ein. Vor allem Exporte und Investitionen kamen erheblich ins Stocken, aber auch der private Verbrauch ging zurück. „Die schnelle Reaktion der wirtschaftspolitischen Akteure mit zahlreichen Stützungsmaßnahmen, insbesondere der Kurzarbeitergeldregelung, verhinderte jedoch einen noch viel stärkeren Rückgang“, so die jüngste Konjunkturanalyse des IMK. Seit Mai habe sich die Wirtschaft erholt und im dritten Quartal „außerordentlich kräftig“ expandiert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sei gegenüber dem vorigen Quartal um 8,5 Prozent gestiegen.

Mit den Lockerungen der Kontaktbeschränkungen und der Wiederherstellung der Lieferketten kamen Nachfrage und Produktion wieder in Gang. Die zwischenzeitlich stark gestiegene Sparquote ging laut IMK-Analyse zurück und die Verbraucher haben die „nunmehr wieder gegebenen Kaufmöglichkeiten weidlich genutzt“. Für den Winter, in dem Dienstleistungsbranchen wie Teile des Handels und die Gastronomie durch den erneuten Lockdown zeitweilig starke Umsatzeinbußen erleiden, prognostiziert das IMK eine gesamtwirtschaftliche Stagnation, schließt einen leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung aber nicht aus. Der Internethandel dürfte immerhin weiter expandieren und mit einem erneuten Zusammenbruch der Lieferketten sei nicht zu rechnen.

2021 wird das deutsche BIP der Prognose zufolge um 4,9 Prozent höher ausfallen als im Vorjahr, in dem es um 5 Prozent gesunken ist. Dahinter steht die Erwartung einer kräftig zunehmenden privaten Nachfrage bei spürbar steigenden Löhnen und Gehältern – die Tariflöhne „dürften mit 1,9 Prozent nur geringfügig weniger zunehmen als in diesem Jahr“. Eine weitere Triebfeder ist der Welthandel, der um gut 9 Prozent zunehmen dürfte. Sowohl für die USA als

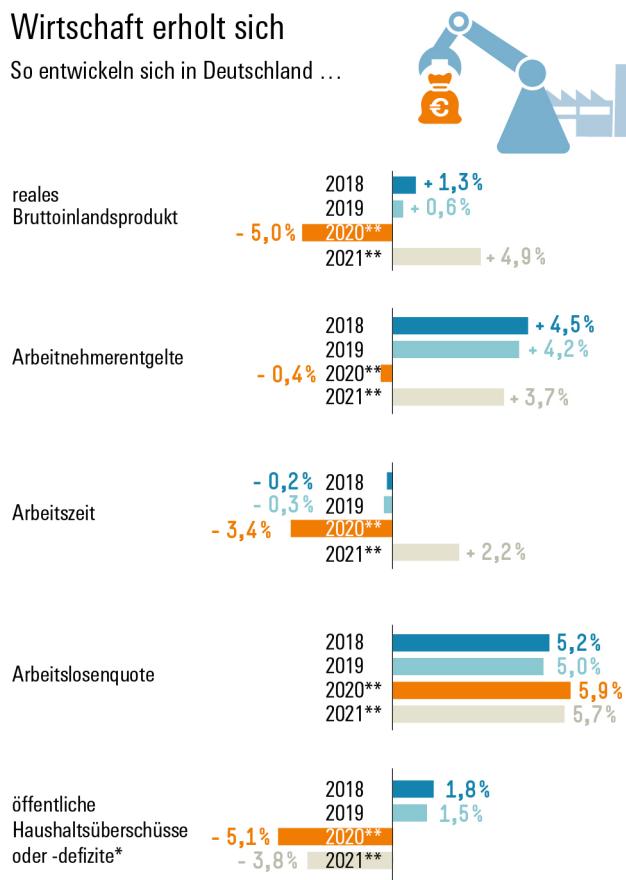
auch für China sehen die IMK-Forscher im kommenden Jahr deutliches Wachstum voraus. Auch die europäischen Volkswirtschaften werden, nicht zuletzt infolge des 750 Milliarden Euro schweren Aufbauprogramms, zulegen.

Die deutsche Finanzpolitik wird im kommenden Jahr nicht mehr ganz so expansiv wirken wie 2020. Das Defizit der öffentlichen Haushalte dürfte von 5,1 Prozent des BIP auf 3,8 Prozent sinken. Die gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizite der Jahre 2020 und 2021 werden sich auf gut 300 Milliarden Euro belaufen. Der öffentliche Schuldenstand, 2019 noch unterhalb des Maastricht-Grenzwerts von 60 Prozent des BIP, dürfte 2020 auf über 70 Prozent des BIP ansteigen und auch im kommenden Jahr auf einem hohen Niveau verharren. Das ist allerdings immer noch deutlich weniger als nach der Finanzkrise 2008/2009.

Die Folgen der Krise für den Arbeitsmarkt sind dank Instrumenten wie der Kurzarbeit gemessen am Rückgang des BIP zwar relativ überschaubar. Dennoch wird das Vorkrisenniveau bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung laut IMK bis Ende 2021 noch nicht wieder erreicht sein. Die Zahl der Arbeitslosen wird nach den Berechnungen im kommenden Jahr um 67000 zurückgehen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,7 Prozent und 2,6 Millionen Menschen ohne Job.

Die IMK-Forscher stellen ihre Vorhersagen unter einen gewissen Vorbehalt: Sollte „die zweite Infektionswelle wesentlich stärker und länger ausfallen“, als derzeit absehbar ist, hätte dies auch Folgen für die künftige wirtschaftliche Entwicklung. Ein weiteres Konjunkturrisiko stellt ein möglicher harter Brexit dar, falls die Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien endgültig scheitern. Dies wäre eine ernste Belastung für die deutsche Exportwirtschaft. ↗

Wirtschaft erholt sich So entwickeln sich in Deutschland ...



* in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ** Prognose
Quelle: IMK 2020

Hans Böckler Stiftung

Quelle: Sebastian Dullien u.a.: Konjunkturelle Erholung setzt sich nach Dämpfer fort, IMK-Report Nr. 163, Dezember 2020